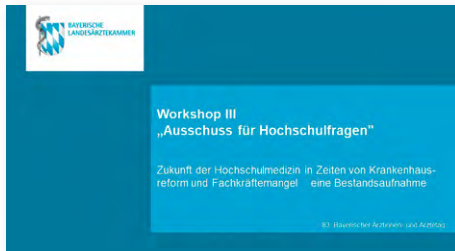


## Workshop III – „Ausschuss für Hochschulfragen“



Im Workshop III des „Ausschusses für Hochschulfragen“ diskutierten die Mitglieder des Ausschusses und Gäste in diesem Jahr gemeinsam zum Thema „Zukunft zur Hochschulmedizin in Zeiten von Krankenhausreform und Fachkräftemangel – eine Bestandsaufnahme“. Unstrittig war, dass attraktive Arbeits- und Rahmenbedingungen an Universitätsklinikum notwendig sind, um auch in Zukunft trotz Fachkräftemangels qualifizierte Mitarbeitende in ausreichender Zahl gewinnen zu können. Hierzu wurden im Rahmen der Diskussion gemeinsam insgesamt vier Entschließungsanträge für den 83. Bayerischen Ärztinnen- und Ärztetag formuliert:

Der Entschließungsantrag zum Thema „Bezahlbarer Wohnraum für Mitarbeitende der Universitätsklinikum“ und die dort aufgestellten Forderungen sind aus Sicht des Ausschusses vor dem Hintergrund explodierender Mieten für Wohnraum in Ballungsräumen und einer unzureichenden Anbindung an den ÖPNV außerhalb dieser Ballungsräume notwendig. Da sich die Universitätsklinikum naturgemäß in hochfrequentierten Städten befinden, führt diese Entwicklung ansonsten zu zunehmenden Standortnachteilen.

Des Weiteren wird ein Entschließungsantrag zur „Anpassung des bayerischen Reisekostengesetzes“ gestellt: Die Erstattung von Hotel- und Reisekosten für (ärztliche) Mitarbeitende der Universitätsklinikum bei Fortbildungs- und Dienstreisen ist durch die Anwendung dieses Gesetzes nach Ansicht der Workshop-Teilnehmenden unzureichend. Eine Anpassung der Erstattungsbeträge für Hotel- und Reisekosten an aktuelle marktwirtschaftliche Gegebenheiten ist auch deshalb geboten, da eine alternative Finanzierung der Reisen durch Dritte aufgrund potenziell entstehender Abhängigkeiten nicht wünschenswert ist.

Ein weiterer Entschließungsantrag beschäftigt sich mit der Einsetzung eines auskunftsberechtigten Ansprechpartners im Sinne einer übergreifenden Ombudsstelle, an die sich Mitarbeitende von bayerischen Universitätsklinikum vor dem Hintergrund der wechselnden Zuständigkeiten im Zusammenspiel der zuständigen Ministerien direkt wenden können. Zuletzt wird im Rahmen eines Entschließungsantrags vorgeschlagen, dass die Universitäten die durch das Bayerische Hochschulinnovationsgesetz (BayHIG) zugewonnenen Freiräume hinsichtlich der Qualifikation des wissenschaftlichen Nachwuchses gemeinsam abgestimmt nutzen sollen.

Weitere Themen, wie die ab 2025 ausgesetzte Lizenzierung der Staatsexamina-Prüfungsfragen durch das Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen (IMPP) sowie gegebenenfalls neue Entwicklungen durch die „Medizineroffensive 2030“ der CSU-Landtagsfraktion will der Ausschuss aufmerksam weiter beobachten und in den kommenden Sitzungen vertieft diskutieren.

*Matthias Kaufmann, Erlangen  
Tobias Bäumer (BLÄK)*